



Millionen demonstrieren gegen die geplante neue Arbeitsrechtreform in Frankreich

<http://www.arbeit-zukunft.de/index.php?itemid=2637>

Frankreich: Die Arbeiter- und Volkseinheit in Aktion

Mittwoch, 15. Juni 2016

aus „La Forge“ Juni 2016, Zeitung der Kommunistischen Arbeiterpartei Frankreichs (PCOF)

Für Sapin (französischer Finanz- und Haushaltsminister) ist es nicht der richtige Zeitpunkt, die Rücknahme eines Gesetzesvorschlags zu blockieren, „der ein sehr guter Text ist“.

Der gleiche dachte einige Tage zuvor, dass man vielleicht zu den Verhandlungen zurückkehren sollte..

Für Valls (frz. Premierminister) „ist der Streik bei der SNCF total unverständlich“ und „er muss so schnell wie möglich beendet werden“. Derselbe Valls, der seinen Verkehrsminister beauftragt hat, hinter dem Rücken der SNCF-Führung zu verhandeln im Versuch, den Streik abzuwenden. Und was die Ministerin El Khomri (1) angeht, so erwartet sie „Vorschläge der CGT“ (2). Kein Kommentar!

Wie die Angriffe von Gattaz (Präsident des Unternehmerverbandes) auf die CGT, die er als Terroristen bezeichnete, hat das nicht nur die Reihen der Gewerkschaftszentrale zusammengeschweißt, sondern hat auch die Mitglieder der anderen Gewerkschaften, die an diesem Kampf beteiligt sind, dazu gebracht, sich mit der CGT zu solidarisieren.

Die Bewegung gegen das Gesetz El Khomri hat schon Hunderttausende von Demonstranten auf die Straße gebracht. Sie wird getragen von den kämpferischen Gewerkschaftern, ihren Gewerkschaften, den Mitgliedern der UL und UD (3), die sich seit Monaten an diesem Kampf beteiligen. Alle vorangegangenen gewerkschaftlichen Kämpfe, die der Gewerkschaftsbewegung ihren Stempel aufgedrückt haben (Goodyear, Air France, der Kampf der Gewerkschaften und der Arbeiter im Einzelhandel gegen das Gesetz Macron...), haben das Terrain für die Entfaltung dieses weitreichenden Arbeiter- und Volkswiderstands vorbereitet, für dieses „tous ensemble“ („alle gemeinsam“ - d. Übers.). Dieser Widerstand hat sich auf dem letzten Gewerkschaftstag der CGT noch verstärkt. Dieses „extra-arbeiterfeindliche Gesetz“, El Khomri, hat eine gewaltige einheitliche Bewegung - die 7 Organisationen, welche die Bewegung für die Rücknahme des Gesetzes ins Leben gerufen haben, stehen immer noch dazu – in Gang gebracht, die schon die Verhältnisse in zahlreichen Betrieben und in der Gesellschaft verändert hat. Das zeigt sich an den Mobilisierungen in mehreren großen und kleineren Betrieben, um die Forderungen, die sich angehäuften, erfolgreich durchzusetzen.

Die Popularität dieser Bewegung bei breiten Schichten der Bevölkerung lässt sich nicht leugnen. Und viele Menschen fragen sich, warum Hollande und seine Regierung so verboht sind. Sehen sie nicht, dass ihre Unbeliebtheit ständig wächst? Sehen sie nicht, dass nur die Unternehmer dieses Gesetz wollen?

Die Führer der PS (parti socialiste) trommeln zum Sammeln in dem Versuch, die Reihen einer Partei fester zu schließen, deren Abgeordnete sich über die wiederholten Wahlniederlagen und die ständig sinkende Kurve der prognostizierten Wählerstimmen Sorgen machen. Berger, der Vorsitzende der CFDT (4), hat sich um ihre Unterrichtung bemüht, um ihnen „Argumente“ an die Hand zu geben, ein Gesetz zu verteidigen, das den Stempel des Syndikalismus trägt und sich nicht damit begnügt, die Erwartungen der Unternehmer zu begleiten, sondern sie vorwegnimmt.

Von Japan aus hat Hollande erklärt, dass er das Gesetz nicht zurückziehen wird. Gleichzeitig forderte er von seinen Ministern, den Versuch zu unternehmen, die Bewegung von der restlichen Gesellschaft zu isolieren, indem sie hier (bei den Lehrkräften) Gehaltserhöhungen zugestehen, und dort Versprechungen machen (Rückgängigmachung der Budgetstreichungen in der Forschung oder der Kürzung der Schlüsselzuweisungen bei den Gebietskörperschaften, was nur eine Milliarde an Stelle von zwei ausmachte).

Diese Klientel-Politik, die in dem Versuch besteht, den sozialen Frieden zu erkaufen, kann nicht nur Teile der Bevölkerung anregen, ihre Forderungen aufzustellen, aber sie kann noch lange nicht die Bewegung weniger populär machen. Im Gegenteil, sie verstärkt das Bild eines Präsidenten, der manövriert und betrügt.

Ein Präsident, dessen fünfjährige Amtszeit schon den Tod von Rémi Fraisse (5) als Aktivposten hat und der CRS (Spezialtruppen der Polizei) und mobile Garden gegen die Demonstranten losschickt. Die Repression durch Polizei und Justiz übertrifft den Stand der finsternen Zeiten von Sarkozy. Und das ist noch nicht das Ende.

Diese Regierung, die schon als Regierung des Sparkurses bezeichnet wurde, ist immer mehr eine Regierung des Gummiknüppels, des Tränengases auf Demonstranten, der gerichtlichen Verurteilung.

Dieser Präsident, der vorgab, die Jugend ins Zentrum seiner Amtszeit zu stellen, ist zum Präsidenten der verstärkten Prekarisierung, der Massenarbeitslosigkeit, der Polizeieinsätze gegen Jugendliche geworden. Unter seiner Federführung ist die Armee der wichtigste Werber im Land geworden,

Deutsche Hooligans randalieren in Lille

Nach den Ausschreitungen in Marseille und Nizza ist es auch im Vorfeld des Auftaktspiels des deutschen Nationalteams im Stadtzentrum von Lille am Sonntag zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen. Mehr als 50 deutsche Hooligans griffen ukrainische Fans an. Die Bundespolizei hinderte bei verstärkten Kontrollen zudem 21 Gewalttäter an der Ausreise.



<http://www.n-tv.de/politik/Polizei-schuetzt-Hooligans-mit-Wasserwerfer-article16210446.html>

Sonntag, 25. Oktober 2015

Polizei schützt Hooligans mit Wasserwerfer

Im vergangenen Jahr randalierten die "Hooligans gegen Salafisten" in Köln und verletzten Polizisten. Nun müssen sie selbst geschützt werden.



Polizeiwasserwerfer werden auf Gegendemonstranten gerichtet um Hooligans zu schützen

<https://antinazi.wordpress.com/2008/06/09/alle-polen-mussen-einen-gelben-stern-tragen-nazi-hooligans-in-klagenfurt/>

„Alle Polen müssen einen gelben Stern tragen“ und „Deutsche – wehrt Euch! Kauft nicht bei Polen!“ skandierten unter anderem 140 deutsche Nazi-Hools vor einem Spiel der Fußball-



deutschen



polnische

USA bereiten Sturz von Präsident Evo Morales vor

15. Juni 2016



US-Geheimdienste haben ihre Operationen zur Entfernung des bolivianischen Präsidenten Evo Morales aus dem Amt gesteigert. Alle Optionen liegen auf dem Tisch, inklusive seine Ermordung. Barack Obama, der die Schwächung des lateinamerikanischen „feindlichen Blocks populistischer Staaten“ als Sieg der Außenpolitik seiner Verwaltung ansieht, will vor seinem Amtsende noch diesen Erfolg buchen.

Washington fühlt sich in Bolivien unter Druck wegen Chinas erfolgreicher Expansion in dem Land. Morales stärkt stetig seine finanzielle, ökonomische, handelspolitische und militärische Beziehung mit Beijing. Chinesische Geschäfte blühen in La Paz. Sie tätigen Investitionen und Darlehen und nehmen an Projekten teil, um für Bolivien eine Schlüsselposition in der Transport-Industrie des Kontinents zu erzielen. In den nächsten 10 Jahren wird Bolivien dank seiner großen Gasreserven die Energie-Zentrale Südamerikas werden. Evo Morales sieht die Entwicklung seines Landes als Top-Priorität und die Chinesen haben, anders als die Amerikaner, Bolivien immer als einen Alliierten und Partner angesehen in einer Beziehung, die doppelte Standards vermeidet.

Die US-Botschaft in La Paz ist seit 2008 ohne Botschafter. Er wurde wegen seiner subversiven Tätigkeiten als persona non grata angesehen. Der interim Chargé d'affaires ist gegenwärtig Peter Brennan und man fragt sich, für welchen Geheimdienst er eigentlich arbeitet. Er war früher in Pakistan stationiert, wo „schwierige Entscheidungen“ gemacht werden mussten über Ermordungen, aber den größten Teil seiner Karriere verbrachte er in Lateinamerika. Im besonderen war er verantwortlich für die Einführung des ZunZuneo-Dienstes in Kuba (ein illegales Programm, der „Kubanischer Twitter“ getauft wurde). USAID leitete dieses CIA-Programm unter dem

unschuldigen Vorwand, den Kubanern zu helfen, sich über kulturelle und sportliche Ereignisse und internationale Nachrichten zu informieren. Sobald es eingeführt war, gab es Pläne, es zu benutzen, um die Bevölkerung zur Vorbereitung eines „kubanischen Frühlings“ zu benutzen. Wenn man über Brennan etwas liest, stößt man häufig auf den Begriff „dunkles Pferd“. Er ist gewohnt zu bekommen, was er will um jeden Preis, und seine knappe Deadline in Bolivien (vor dem Ende von Obamas Präsidentschaft) zwingt Brennan, große Risiken einzugehen.

Zuletzt hat Brennan „sich hervorgetan“ bei dem Referendum, ob Morales sich 2019 nochmals zur Wahl aufstellen lassen darf und auch während der Abstimmung. Um die „Nein“-Stimmen zu ermutigen, mobilisierte die US-Botschaft ihre gesamte Propaganda-Maschine, setzte alle von ihr kontrollierten NGOs in Bewegung und spendierte eine Menge zusätzlicher Gelder für Proteste. Es ist aufschlussreich, dass viele dieser Proteste damit endeten, dass Fotos von Morales in seiner Präsidenten-Tracht verbrannt wurden. Rekordhohe Mengen Dreck wurden auf den Präsidenten abgefeuert. Beschuldigungen von Korruption waren am gängigsten, obwohl Morales immer offen mit seinen persönlichen Finanzen war. Es wäre schwer gewesen, ihm einen Besitz von „43 Mrd. Dollar auf Offshore-Konten“ anzudichten, wie man es mit Hugo Chávez und Fidel Castro machte.

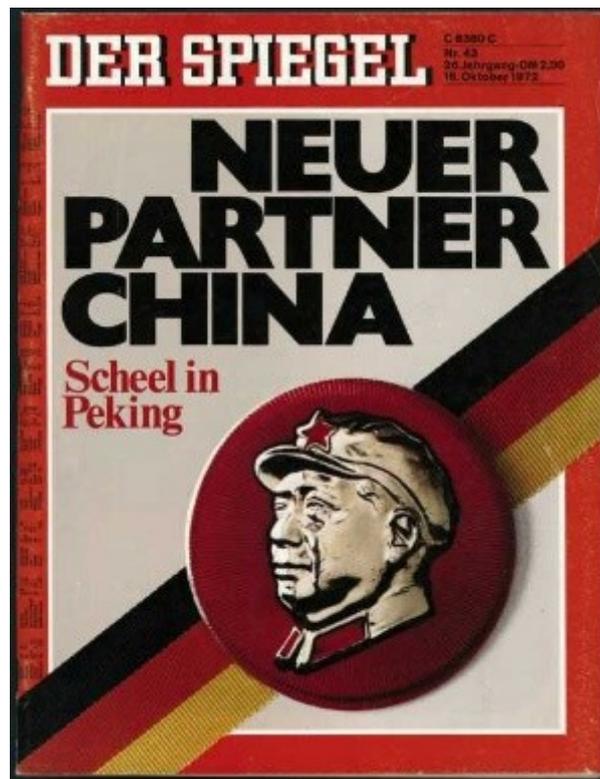
Brennan hat auch Abkommen mit Washington über andere Operationen getroffen, um den Präsidenten zu kompromettieren. Eine Attacke wurde von dem CIA-Agenten Carlos Valverde Bravo in Gang gebracht, einem bekannten TV-Journalisten und ehemaligem Agenten in Boliviens Sicherheitsdienst. In seinem Programm vom 3. Februar beschuldigte er die frühere Gefährtin von Morales, Gabriela Zapata, kommerzielle Managerin des chinesischen Unternehmens CAMC Engineering Co., dunkle Geschäfte im Wert von 500 Mill. \$ gemacht zu haben. Gleichzeitig tauchten im Internet Insinuationen auf, dass der Präsident darin verwickelt sei, obwohl Morales mit ihr alle Verbindungen 2007 abbrach, und keine Individuen, ohne Rücksicht auf Namen oder Rang, verschont hat in seinem Kampf gegen die Korruption.

Das von der US-Botschaft entworfene „Exposé“ wurde bis zum Tag des Referendums am 21. Februar 2016 durchgeführt. Die „Nein“-Stimmen gewannen, trotz des positiven Ergebnisses der Meinungsumfragen. Morales akzeptierte die Niederlage mit seinem indianischen Großmut, aber in seinen Erklärungen nach dem Referendum war ihm klar, dass die US-Botschaft eine feindselige Kampagne geführt hatte.

Die Untersuchung des Falls Gabriela Zapata enthüllte, dass sie ihre frühere Beziehung zu Morales ausnutzte, um ihre Karriere zu fördern. Ihr wurde eine Position bei CAMC angeboten und sie zog in eine Luxuswohnung in einem vornehmen Viertel in La Paz und zog eine große Schau über ihre „enge“ Beziehung zu Morales ab, obwohl er mit allem nichts zu tun hatte. Sie versuchte auch eine geschäftliche und persönliche Beziehung zum Stabschef des Präsidenten Juan Ramón Quintana herzustellen. Er leugnete kategorisch, Zapata jemals getroffen zu haben.

Nach und nach lösten sich alle CIA-Beweise in nichts auf. Zapata muss jetzt aussagen und ihr Anwalt sitzt im Ausland, weil seine Kontakte zu den Amerikanern aufgefliegen sind. Der US-Agent Valverde Bravo ist nach Argentinien geflohen. Von dort schleudert er neue Anklagen gegen Morales mit verstärkter Kraft. Es ist alles ganz logisch: Eine ständig wiederholte Lüge ist eine effektive Waffe in der neuesten Generation der Informations-Kriegsführung. Das jüngste Beispiel ist der Sturz von Dilma Rousseff, die der Korruption angeklagt wurde von Beamten, die von der Regierung als korrupt identifiziert worden waren!

Die US-Armee hat ihre Anwesenheit in Bolivien in den jüngsten Monaten verstärkt. Zum Beispiel besuchte Oberst Felando Pierre Thigpen das Department Santa Cruz, wo es starke separatistische Absichten gibt. Thigpen ist bekannt, in eine Programm zwischen Pentagon und CIA verwickelt zu sein, um potentiellen Nachwuchs für US-Geheimdienste zu besorgen. In Kommentaren von bolivianischen Bloggern und in Veröffentlichungen über Thigpen wird bemerkt, dass der Oberst in das Land geschickt wurde am Vorabend der Ereignisse, die in Beziehung stehen zur „bevorstehenden Ersetzung einer Regierung, die ihr Potential erschöpft hat, und wegen des Bedarfs zur Rekrutierung alternativer junger Persönlichkeiten für eine neue Führungs-Struktur“. Einige



„Wer fragt schon, ob es genug zu essen gibt?“

Im Herbst 1970 wurde Salvador Allende als erster demokratisch gewählter Marxist der Welt Staatspräsident in Chile. Heute steckt das Land in seiner bisher schwersten Wirtschaftskrise. Es fehlen Nahrungsmittel und lebensnotwendige Gebrauchsartikel. Die Inflation zehrt an der Kaufkraft des Escudo wie nie zuvor. Ist der Versuch Allendes, Chile auf demokratischem Weg in eine sozialistische Gesellschaft zu verwandeln, bereits gescheitert?

Immer wenn es Nacht wird in Santiago, beginnt für die Reichen die Stunde des Widerstands. Dann öffnen sich im Barrio Alto, dem vornehmen Villenviertel der chilenischen Hauptstadt, die Fenster, und aus Tausenden von Damenkehlen schallt es laut: "Chile, wie ist dein Himmel so klar und blau." Zur Nationalhymne schlagen die vaterländischen Frauen mit Löffeln, Messern und Gabeln auf ihre gerade geleerten Töpfe und Pfannen. Der Protest der satten Senoras gilt Chiles Staatspräsident Salvador Allende sowie der Tatsache, daß es in den Geschäften nur noch wenig Zwiebeln und Zucker und seit Ende September überhaupt kein Rindfleisch und keine Butter mehr gibt. Zwei Jahre nach Allendes Amtsantritt droht das Experiment, den Andenstaat auf demokratischem Weg in eine sozialistische Gesellschaft zu verwandeln, an einer schweren Wirtschaftskrise zu scheitern:

* Die Inflation, die Allende zum sofortigen "Stillstand" bringen wollte, erreichte allein in den ersten neun Monaten dieses Jahres eine Rekordrate von 99,8 Prozent:

* der Escudo, den Allende vor "den skandalösen Abwertungen" seines christdemokratischen Vorgängers Eduardo Frei bewahren wollte, mußte inzwischen zweimal abgewertet werden, zuletzt im August um 100 Prozent;

* die Devisenreserven der Zentralbank, die zu Beginn der Regierung Allendes 377,6 Millionen Dollar betragen hatten, sind auf kümmerliche 25 Millionen Dollar zusammen geschmolzen;

* schwere Produktions- und Versorgungsengpässe haben den Plan Allendes, "die Produktion von Massenverbrauchsgütern zu erhöhen", vorerst zunichte gemacht; in den Geschäften fehlen außer

Lebensmitteln auch Gegenstände des täglichen Bedarfs wie Auto-Ersatzteile, Windeln und Toilettenpapier.

"Was ist das schon für ein Sozialismus", höhnte denn auch Christdemokrat Andrés Zaldívar, einst Finanzminister unter Frei, "wenn die Bevölkerung noch nicht einmal die notwendigsten Güter zum Leben hat?"

Für den Oppositionspolitiker, dessen Partei mit Westdeutschlands Christdemokraten nur den Namen gemein hat und eher nahe der SPD einzuord-

* Links: am Tag der freiwilligen Arbeit in einer Santiagoer Arbeitersiedlung; rechts: Anfang September in der Innenstadt Santiagos.

** In der Unidad Popular (UP) haben sich Allendes Sozialistische Partei mit der Kommunistischen Partei, Radikalen, ehemaligen Christdemokraten und Sozialdemokraten zusammengeschlossen. nen ist, steht das Urteil über Allende daher fest: "Die Regierung hat versagt." Denn: "Marxismus und Demokratie schließen einander aus."

Tatsächlich befindet sich der Marxist Allende, dessen Volksfrontregierung** in beiden Häusern des Parlaments nicht über eine Mehrheit verfügt, in einer schier ausweglosen Situation:

Will er sein Programm, Chile auf legalem Weg in einen sozialistischen Staat zu verwandeln, durchsetzen, muß er nahezu die gesamte private Industrie und den Handel verstaatlichen, um sich die Kontrolle über Produktion und Verteilung der Güter zu sichern. Ein für die totale Verstaatlichung erforderliches Gesetz kann aber wegen der Mehrheit der Opposition das Parlament nicht passieren.

Stellt Allende hingegen das Ziel der Verstaatlichung zurück, so muß er damit rechnen, daß ihm die Clique der Händler und Industriellen auf Grund ihrer Machtposition ein wirtschaftliches Chaos bereitet. Ökonomische Turbulenzen, da von der Regierung nicht steuerbar, aber müssen sich bei den Parlamentswahlen im nächsten März zu Lasten der Regierungsparteien auswirken.

"Allendes Position", diagnostiziert daher Oppositionsmann Zaldívar, "gleichet der eines Radfahrers: Fährt er zu schnell, wird er aus der Kurve getragen, fährt er zu langsam, kippt er ebenfalls um." Dabei hatte die Balancierfahrt in den demokratischen Sozialismus vielversprechend begonnen. Im Jahre eins der Revolution lebten alle Leute besser als zuvor.

Als Allende im Herbst 1970 zur Macht kam, erhöhte er -- entsprechend der chilenischen Tradition, allen Arbeitern und Angestellten zum Jahresende einen Inflationsausgleich in Höhe der jeweiligen Geldentwertungsrates zu zahlen -- die Löhne und Gehälter um durchschnittlich 35 Prozent. Der Tradition früherer chilenischer Regierungen hingegen, tatenlos zuzusehen, wie sich die Unternehmer den Inflationsausgleich in Form höherer Preise sogleich wieder holten, folgte er nicht. Statt dessen verordnete er einen Preisstopp.

Einerseits sollten die höheren Löhne und Gehälter zu Lasten der Unternehmervorgewinne gehen -- ein erster Schritt zur Umverteilung der Einkommen. Andererseits sollten die Unternehmer, wenn sie auch weiterhin Gewinne machen wollten, dies nur über den Umweg höherer Produktion tun dürfen -- ein erster Schritt zur besseren Nutzung der bestehenden Anlagen.

Da Allende sich in den ersten Monaten seiner Regierungszeit mit der Verstaatlichung zurückhielt, reagierten Chiles Unternehmer zunächst noch marktkonform: Sie steigerten ihre Produktion. Insgesamt wuchs die industrielle Erzeugung 1971, dem ersten Allende-Jahr, um rund 15 Prozent. Das Bruttosozialprodukt erhöhte sich real um 8,5 Prozent -- mehr als je unter Allendes Vorgänger Frei.

Mit dem Wachstumsboom fiel die Arbeitslosenquote -- nach Berechnungen von Karl-Heinz Stanzick, dem Leiter des lateinamerikanischen Forschungsinstituts Ildis der westdeutschen Friedrich-Ebert-Stiftung in Santiago, von 8 auf 3,2 Prozent. Überdies schaffte Allende neue Arbeitsplätze, indem er mitten in den Slums, wo Hunderttausende bis dahin in primitiven Bretterverschlagen ohne Licht und eigenen Wasseranschluß gelebt hatten, feste Wohnungen bauen ließ.

Zudem sank im ersten Allende-Jahr die Kindersterblichkeit von 109 auf 88,1 je tausend Lebendgeburten. In der gleichen Zeit stieg die Zahl der ärztlichen Beratungen des Nationalen Gesundheitsdienstes von 8,9 auf 10,2 Millionen.

Den Fortschritten in der Wachstums- und Gesundheitspolitik entsprach die Verbesserung der extrem ungerechten Einkommensverteilung. Nach Ildis-Angaben erhöhte sich im ersten Jahr der Revolution die Lohnquote (der Anteil der arbeitsabhängigen, im Gegensatz zu den gewinnabhängigen Einkommen am Volkseinkommen) von 53,7 auf 58,6 Prozent. Entsprechend sank der Anteil der Gewinne am Volkseinkommen von 46,3 auf 41,4 Prozent.

Freilich: Im Vergleich zur keineswegs idealen Einkommensverteilung in der Bundesrepublik (Lohnquote: 69 Prozent, Gewinnquote: 31 Prozent) spiegelt selbst dieser Wert noch eine maßlos ungerechte Einkommensverteilung wider.

Ein Sowjet-Diplomat in Santiago räumte denn auch ein: "Wie kann jemand glauben, daß es Chile gelingt, in so kurzer Zeit ein sozialistisches Land zu werden, wenn wir es noch nicht einmal in 50 Jahren geschafft haben?"

Fast bis Ende vergangenen Jahres herrschte in Chile eine für viele unerwartete Situation: Im ersten Allende-Jahr lebten alle Leute besser als zuvor. Die zuvor Arbeitslosen hatten Arbeit, die Tagelöhner verdienten mehr. Zum ersten Mal konnten sich auch die Elenden aus den Armensiedlungen ein Stück Rindfleisch, eine neue Hose oder ein bescheidenes Möbelstück kaufen. Für Kinder gab es erstmals täglich einen halben Liter Milch kostenlos -- die Einlösung eines Wahlversprechens, das Allende bis heute gehalten hat. Und auch die Unternehmer machten trotz der Einkommens-Umverteilung wegen des Kaufbooms noch Gewinn.

"Wir erleben praktisch eine Wirtschaftsblockade von außen."

Jedoch: Die Revolution, die jedermann zum Geschenk wurde, währte nur kurze Zeit. Denn um das Wirtschaftswunder der ersten Monate zu bezahlen, hatte Allende die Substanz angegriffen. Die wahren Kosten aber waren verschleiert worden.

Um es möglichst jedermann recht zu machen und das Warenangebot der höheren Nachfrage anzupassen, hatte Allende im ersten Jahr die Einfuhren gegenüber 1970 um 22,9 Prozent auf 1,165 Milliarden Dollar gesteigert. Allein für Nahrungsmittel, wie Weizen aus Argentinien und Suppenhühner aus Belgien, gab er 313,7 Millionen Dollar aus. Gegenüber dem Vorjahr war das fast eine Verdoppelung.

Weitere 70 Millionen Dollar bewilligte die Zentralbank den Reichen Chiles -- Taschengeld für kostspielige Europa- und Amerika-Trips. Für Maschinen-Importe, wichtigste Voraussetzung für künftiges Wachstum, hingegen wurden gerade 139 Millionen Dollar ausgegeben -- 30,5 Prozent weniger als im Jahr zuvor.

Bereits Ende des ersten Allende-Jahres war damit die einst wohlgefüllte Devisenkasse leer. In der Zahlungsbilanz klaffte ein Loch von 255 Millionen Dollar. Für das laufende Jahr erwarten Experten sogar einen Fehlbetrag von 400 Millionen Dollar.

Der katastrophale Devisenschwund ist um so verhängnisvoller, als keine Aussicht besteht, die Kassen wieder zu füllen. Freilich ist die Ebbe in der Devisenkasse nicht allein Allende anzulasten: Der Preis für Kupfer, Chiles wichtigsten Devisenbringer (etwa 85 Prozent der chilenischen Ausfuhrerlöse kommen aus dem Kupferexport), liegt wegen einer weltweiten Kupferschwemme heute bei nur 47 Cent je pound. In den besten Frei-Zeiten hatte der Preis 69 Cent betragen. Jedes Absinken der internationalen Kupfernotierung um nur einen Cent aber mindert Chiles Devisenerlöse um elf Millionen Dollar im Jahr.

Seit Anfang des Monats ist Allende selbst diese Einnahmequelle nicht mehr sicher. Auf Betreiben des US-Konzerns Kennecott Copper Corp., dessen Kupfermine El Teniente Allende im Sommer letzten Jahres entschädigungslos verstaatlicht hatte, verfügte ein französisches Gericht die Beschlagnahme einer für Frankreich bestimmten Schiffsladung chilenischen Kupfers. Zugleich kündigten die Amerikaner an, ähnliche Schritte würden sie gegen alle Käufer ihres unrechtmäßig enteigneten Metalls einleiten. "Nun haben wir", entsetzte sich Allende, "sogar ein Kupferembargo." Größere Kredite aus dem westlichen Ausland, die zu Zeiten der christdemokratischen Regierung

reichlich ins Land geströmt waren, blieben aus -- nicht zuletzt als Vergeltung für die von Anfang an geplante Verstaatlichung der amerikanischen Kupferminen und ausländischer Banken. Von internationalen Finanzierungsinstituten erhielt Chile 1971 nur rund 55 Millionen Dollar -- Brasiliens Militärregime hingegen in der gleichen Zeit mindestens 456 Millionen Dollar. Die Washingtoner Weltbank unter ihrem Präsidenten Robert S McNamara sowie die Interamerikanische Entwicklungsbank verweigerten sogar die Auszahlung bereits zugesagter Darlehen.

"Wir erleben praktisch ein Wirtschaftsblockade von außen", versuchte Allende den Chilenen die Schwierigkeiten zu erklären, "die das Volk nicht zu sehen vermag."

Überdies trägt die Regierung Allende schwer an Auslandsschulden, die frühere Regierungen gemacht hatten. Zwar gelang es Chiles Zentralbankpräsidenten Alfonso Inostroza auf einer internationalen Gläubigerkonferenz in Paris im April dieses Jahres, für die Rückzahlung der Auslandsschuld in Höhe von insgesamt drei Milliarden Dollar in den nächsten drei Jahren erträgliche Bedingungen auszuhandeln. Aber dennoch muß das Land allein in diesem Jahr 250 Millionen Dollar Schulden tilgen.

Schwierig wie der Außenhandel ist die Lage an der Heimatfront. Bereits im Oktober letzten Jahres begann das zunächst sprunghaft gestiegene Warenangebot zu sinken.

Zwar hatten die Unternehmer, in der Hoffnung, der Preisstopp werde bald gelockert, zunächst mehr produziert. Als aber Allendes damaliger Wirtschaftsminister Pedro Vuskovic trotz einiger Korrekturen an den festen Preisen festhielt, unterließen es die Bosse, weiterhin zu investieren. Aus der Sicht der Unternehmer war dies sogar verständlich, da ihnen die Zukunft dunkel erscheinen mußte. "Weiß ich denn", fragt Otto Zeman Simon, Möbelfabrikant in Santiago, "ob ich nicht enteignet werde?"

Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht aber wirkte sich der Investitionsboykott verhängnisvoll aus. Insgesamt sanken 1971 die privaten Investitionen um 16 Prozent. Und was die Firmenchefs nicht investierten, wurde konsumiert oder in Dollar umgetauscht.

Das Ergebnis der neuen Nachfragewelle waren Preissteigerungen auf den sich nun bildenden schwarzen Märkten. Ein Chevrolet made in Chile etwa, der bei Allendes Amtsantritt 80 000 Escudo gekostet hatte, ist heute -- wenn überhaupt -- nur noch für 800 000 Escudo zu haben.

Mit ihren Millionen kauften die Reichen die Geschäfte leer.

Bald verschwanden aus den Geschäften auch die höherwertigen Konsumgüter. Mit ihren Millionen, die sie nicht mehr investieren mochten, kauften die Unternehmer die Geschäfte leer.

Als erstes wurde der bessere Wein knapp. Obwohl die vorhandenen Weinreserven in normalen Zeiten ausgereicht hätten, den Durst sämtlicher Chilenen zu stillen, sorgte doch die Angst, die Weinquelle könnte eines Tages versiegen, dafür, daß bald nur noch einfacher Landwein in den Regalen der Supermärkte stand.

Ähnlich war es mit Schuhen. Als Anfang August das Gerücht aufkam, Schuhe würden knapp, stürmten die wohlhabenden Bürger aus dem Barrio ALto die Schuhläden, so daß vorübergehend tatsächlich bestimmte Schuhsorten ausverkauft waren.

Wie bei Schuhen und Wein traten nach und nach Engpässe bei fast allen Lebensmitteln auf. Im nordchilenischen Antofagasta, einer Stadt mit einem vergleichsweise großen Fischereihafen, prügelte sich Ende September eine mehrhundertköpfige Menschenmenge um eine Bootsladung Fisch. Erst zwei eilends herbeigerufene Polizisten konnten den ordnungsgemäßen Verkauf der knappen Ware sicherstellen.

"Früher hatten wir zwischen 2600 und 2800 Artikel", klagt auch in Santiago Juan Enrique Rojas, Chef der genossenschaftlichen Supermarktkette Unicoop, "heute sind es nur noch 600."

Geradezu grotesk mutet die Situation in der Textilindustrie an. Wer bestimmte Stoffe, Nähgarne oder Wolle kaufen will, bekommt sie mit Sicherheit nur, wenn er sich in den Werksläden der

Fabriken anstellt.

"Wir mußten zunächst mal irreversible Tatbestände schaffen."

Ambulante Händler haben mittlerweile gelernt, aus der Knappheitssituation Kapital zu schlagen. Sie stellen sich um drei Uhr morgens vor den Fabriken an, etwa den Toren der Firmen Sumar, Yarur oder Caupolicán, kaufen ihre Kopfquote (beispielsweise zwei Knäuel Wolle, ein Meter Tuch), verkaufen sie dann mit bis zu 300 Prozent Gewinn in Santiago und reihen sich anschließend wieder in die Schlange ein

Den höchsten Verdienst erzielt derjenige, dem es gelingt, sich am häufigsten wieder einzureihen. Das System ist mittlerweile so perfektioniert worden, daß einige Händler aufgehört haben zu handeln, sondern sich nur noch anstellen und ihren Platz in der Schlange an andere verkaufen. Mochte Allende die inzwischen schon ein Jahr anhaltende Kaufhysterie der Oberschicht zunächst lediglich als eine wütende Reaktion der Bourgeoisie auf seine Reformpolitik abgetan haben, so mußte ihn das Verhalten der kleinen Bauern aus der Umgebung von Santiago schwer treffen. Diese Kleinbauern, die seit jeher die Hauptstadt mit wichtigen Lebensmitteln versorgen, waren Ende letzten Jahres plötzlich nicht mehr bereit, bestimmte Produkte abzuliefern. Schuld daran war die von dem damaligen Wirtschaftsminister Vuskovic ausgearbeitete Preisstruktur. Die Bauern hatten herausgefunden, daß sie mehr verdienen konnten, wenn sie statt Milch, für die ein relativ niedriger Preis festgesetzt war, Käse oder Sahne ablieferten. Da aber auch für Schweinefleisch relativ hohe Preise gezahlt wurden, verfütterten die Bauern die Milch eher an das Vieh, als sie den armen Kindern Santiagos zukommen zu lassen. Das Milchdefizit deckte Allende durch Importe. Jährliche Belastung der Zahlungsbilanz: 45 Millionen Dollar.

Dennoch wurde die falsche Preisstruktur zunächst nicht geändert. Der Grund: Die Regierung konzentrierte sich noch immer ganz auf die Verstaatlichung. "Wir mußten", erklärt Allendes heutiger Wirtschaftsminister Carlos Matus die Politik, "zunächst einmal irreversible Tatbestände schaffen" (siehe auch SPIEGEL-Interview Seite 134).

Zwar war es Allende gelungen, im Parlament eine gesetzliche Grundlage für die Verstaatlichung der großen Bergwerke (Kupfer, Eisen, Salpeter) und der Banken zu finden. Für ein weitergehendes Sozialisierungsgesetz aber hatte ihm die Opposition die Zustimmung verweigert.

Um dennoch weitere Unternehmen unter öffentliche Kontrolle zu bekommen, bediente sich Allende eines Gesetzes aus den dreißiger Jahren, das unter bestimmten Voraussetzungen die Requisition von Wirtschaftsbetrieben vorsieht. Hiernach bedarf es nur eines Dekretes, um für eine Firma einen staatlichen Treuhänder, einen sogenannten Interventor, zu ernennen.

De Jure bleibt ein von einem Staatskommissar verwalteter Betrieb zwar weiterhin im Privateigentum seiner alten Besitzer. De facto aber bedeutet die Einsetzung eines Interventors die Überführung des Betriebs in Staatsbesitz, da der Staatstreuhänder sämtliche Vollmachten eines Generaldirektors hat.

Gründe für die Einsetzung von Interventoren gab es für die Regierung genug: eklatant unfähiges Management, unausgenutzte Kapazitäten, Konflikte zwischen Direktorium und Arbeitnehmern. Zuweilen half auch die Besetzung eines Betriebes durch die Arbeiter, um derartige Arbeitskonflikte zu provozieren. Insgesamt brachte die Regierung bis heute auf diese Weise annähernd drei Dutzend Großbetriebe unter ihre Kontrolle.

Um der Verstaatlichung per Dekret ein Ende zu bereiten, zwangen die oppositionellen Christdemokraten Allendes Unidad Popular bereits Ende letzten Jahres, einen Gesetzentwurf einzubringen, in dem die Regierung genau definierte, welche Bereiche der Wirtschaft sie künftig in Staatshand überführen wollte, welche halb staatlich, halb privat geführt werden sollten und welche voll im Eigentum der Besitzer bleiben durften.

Nach monatelangem parlamentarischen Tauziehen legte schließlich Allende eine Liste von 91 "Monopolunternehmen" vor, die seiner Ansicht nach verstaatlicht werden müßten. Die

Christdemokraten, die schon zuvor die Gesetze über die Verstaatlichung der Banken und des Bergbaus hingenommen hatten, waren anfangs auch bereit, im Parlament für die Verabschiedung des Gesetzes zu stimmen,

Ihre Zustimmung machten sie freilich von zwei Bedingungen abhängig: Zum einen, sollte Allende die Compañía Manufacturera de Papeles y Cartones (Papelera), Chiles größten Papierhersteller und einzigen Lieferanten von Zeitungspapier, von der Liste der 91 Unternehmen streichen. Zum anderen sollte die UP darauf verzichten, alle 90 verbleibenden Unternehmen in Staatsbesitz zu überführen, und statt dessen für einen Teil der Großbetriebe- nach jugoslawischem Vorbild -- eine Art Arbeiterselbstverwaltung zulassen.

Gemessen an der Aussicht, die Zustimmung der Christdemokraten für sein Sozialisierungsgesetz zu erhalten, mußte Allende der geforderte Preis niedrig erscheinen. Er strich die Papelera von der Liste der zu verstaatlichenden Unternehmen -- und brachte das Sozialisierungsgesetz dennoch nicht durchs Parlament.

Denn noch während Allende mit der Christenpartei feilschte, hatte die Rechtsopposition im Parlament eine Abstimmung durch einige Verfahrenstricks erzwungen und dem Regierungschef, dem zu diesem Zeitpunkt noch die letzte Zustimmung der Christdemokraten fehlte, eine Niederlage bereitet. Seitdem ruht das Gesetz im parlamentarischen Vorraum. Die Regierung wandte sich daraufhin der Preispolitik zu.

Um die grotesken ökonomischen Verzerrungen -- Lieferstopp der Kleinbauern, Hamsterkäufe der Reichen -- zu glätten, mußte sich Allende entscheiden, entweder die Rationierung einzuführen oder aber die Preise laufen zu lassen.

Die Rationierung als die in dieser Situation vernünftigste Maßnahme schied bislang aus politischen Gründen aus. Allende wollte nicht der erste Präsident Chiles sein, der die Hausfrauen zwingt, mit Lebensmittelkarten einkaufen zu gehen. Die Wahlchancen seiner Unidad Popular bei den bevorstehenden Märzahlen wären beeinträchtigt worden.

Die Inflation traf vor allem die Armen.

Allende entschied sich daher zusammen mit dem neuen Wirtschaftsminister Matus, die Preise der gestiegenen Nachfrage innerhalb der Monate August und September anzupassen. Der geplante Inflationsschub, so das Kalkül, werde zwar schmerzlich, aber bis zum März wieder vergessen sein. Als Anfang August die neue Wirtschaftspolitik begann, schnellten die Preise sofort raketengleich in die Höhe. Aus dem eineinhalb Jahre lang nur mühsam zurückgestauten Geldwertschwund wurde die offene Inflation.

Von August 1970, dem letzten Frei-Monat, bis Ende August dieses Jahres stiegen die Preise für Butter um 125 Prozent, für Milch um 261, für Kartoffeln um 300, für Eier um 310, für Käse um 640 und für Salat sogar um 1042 Prozent.

Die Preissteigerungen trafen vor allem jene Schichten, die Allende hatte begünstigen wollen. Während die Reichen nur ihren Tisch verteidigten, wurde die Situation für die Armen und mäßig Verdienenden katastrophal.

So erhöhte sich der "sueldo vital", ein staatlich garantierter Mindestlohn, von dem 20 bis 25 Prozent der berufstätigen Chilenen leben müssen, von August 1970 bis zum August dieses Jahres von 617,41 Escudo auf 1016,96 Escudo (etwa 70 Mark) -- um nur 64,71 Prozent. In der gleichen Zeit aber stiegen die Lebenshaltungskosten um 108,1 Prozent.

Um die erste Not zu lindern, zahlte die Regierung allen Arbeitern bereits im Frühjahr dieses Jahres einen Extra-Bonus von 700 Escudo. Ende September gab es einen weiteren Inflationzuschlag von 500 Escudo.

Darüber hinaus kündigte Wirtschaftsminister Matus an, den Inflationausgleich statt bisher einmal

jährlich künftig alle vier Monate auszuzahlen. Ferner plant die Regierung, in den Staatsunternehmen und gemischtwirtschaftlich organisierten Betrieben Lebensmittelpakete an die Arbeiter zu verteilen, um so den Handel, der heute knappe Waren nur an reiche Kunden unter dem Ladentisch zu Überpreisen abzugeben pflegt, auszuschalten.

In einer Rede im südchilenischen Valdivia kündigte der Präsident in der vergangenen Woche sogar eine "Wirtschaftspolitik des Krieges" an. Allende: "Diese harte, aber nicht ungerechte Politik hat zum Inhalt, daß diejenigen, die viel besitzen, die meisten Opfer zu tragen haben." Einzelheiten der "Kriegspolitik", so der Präsident, werde er "in den nächsten Tagen" bekanntgeben.

Aus Protest dagegen, daß sie einen Großteil der Lasten des Allende-Reformprogramms tragen sollten, waren bereits Ende August sämtliche Metzger, Bäcker, Kurzwarenhändler, Milchverteiler und Kolonialwarenhändler Santiagos -- insgesamt 130 000 Ladenbesitzer -- für einen Tag in den Ausstand getreten. Allende antwortete damals mit der Verhängung des Notstands.

Als der Notstand nach drei Tagen wieder aufgehoben wurde, rotteten sich **oppositionelle Schüler** und Studenten in der Innenstadt Santiagos zusammen und setzten den Protest der Händler fort. Mit Feuer und Steinen lieferten sie der Polizei Allendes täglich Straßenschlachten. Der Spuk hörte erst auf, als in der zweiten Septemberwoche ein Protestler von einer Tränengasgranate der Polizei tödlich getroffen wurde.

Sonderschichten für die Notenpresse.

Schon zwei Tage zuvor freilich -- am 4. September, dem zweiten Jahrestag der Wahl Allendes -- waren rund 700 000 chilenische Arbeiter in die Innenstadt Santiagos gezogen, um für Allende und seine Unidad Popular zu demonstrieren. Mit dem Schlachtruf "Allende, Allende -- el pueblo te defiende" (Allende, das Volk verteidigt dich) zeigten sie den verhaßten Bürgern des Barrio Alto, daß ihnen die Hoffnung auf den Sozialismus selbst das Opfer der Hyper-Inflation wert ist. Seit dieser bisher größten Konfrontation von Freunden und Gegnern der UP auf den Straßen der Hauptstadt schwirrt es in Chile von Umsturzgerüchten -- lanciert von Regierenden und Oppositionellen. Die ultralinke Mir (Movimiento de Izquierda Revolucionaria), so behauptet die Opposition, plane, die Villenviertel mit Waffengewalt zu stürmen. Eine Gruppe Oppositioneller, so wollen Regierungstreue wissen, habe mit ausländischer (unter anderem westdeutscher) Hilfe den Sturz Allendes bereits vorbereitet.

Freilich: Auch ohne Putsch stehen Allende schwere Monate bis zu den Wahlen im März bevor.

Dann müssen das gesamte Abgeordnetenhaus und der halbe Senat neu gewählt werden. Verliert Allendes Unidad Popular, die von Anfang an in der Minderheit war, weitere Sitze an die Opposition, wird Allende nur mit Unterstützung der reformistischen Christdemokraten bis zum Ende der Präsidentschaftsperiode 1976 weiterregieren können. Auf diese Unterstützung aber kann er nur hoffen, wenn es ihm gelingt, das Wirtschaftschaos zu beseitigen.

Zwar stieg trotz aller Wirren die Industrieproduktion Chiles auch im laufenden Jahr. Da dieses Wachstum aber den nun erstmals voll genutzten Kapazitäten zuzuschreiben ist, nicht hingegen neuen Investitionen, sind die Wachstumschancen gering.

Wirtschaftlich bedenklich sind auch die stark gestiegenen Kosten, mit denen vor allem die staatlich kontrollierten Unternehmen produzieren: Wo immer ein Treuhänder eingesetzt wurde, erwies er sich zunächst einmal seinen Freunden als treu und verlängerte, indem er ihnen gute Jobs verschaffte, die Lohnliste seines Betriebes.

Diese subtile Form der Vetternwirtschaft merkte zunächst nicht der Konsument in Form höherer Preise, sondern das Finanzministerium, das die Defizite der Staatsunternehmen auszugleichen hatte.

Insgesamt werden 1972 nach Angaben der Corfo, der staatlichen Entwicklungsgesellschaft, die 113 Staatsunternehmen Chiles 23,5 Milliarden Escudo Verlust ausweisen.

Gedeckt werden die Defizite monatlich -- durch Kassenkredite des Finanzministers, die dieser (eine lateinamerikanische Spezialität) ohne besondere Rückzahlungsverpflichtung bedenkenlos auszuteilen pflegt. Das Bargeld für derartige Kredite hat dann die Notenbank zu beschaffen, die ihrerseits nur einen Auftrag an ihre Hausdruckerei zu erteilen pflegt.

Insgesamt wuchs auf diese wundersame Weise die Geldmenge bereits im ersten Allende-Jahr um 116,5 Prozent. 1972 werden es voraussichtlich mindestens noch einmal soviel sein.

Dank der Sonderschichten der chilenischen Notenpresse pflegen Geldscheine, die der Tourist bei der Staatsbank zu erwerben hat (Zwangsumtausch: zehn Dollar pro Tag), so frisch zu sein, daß selbst die rotbraunen 500-Escudo-Scheine -- Chiles größte Geldeinheit (nach offiziellem Preis: 35 Mark) -- noch aneinanderkleben.

Was dieses Geld wert ist, merkt der Reisende -- sofern ihm nicht auf dem schwarzen Markt 350 bis 400 Escudo für einen Dollar (gegenüber dem offiziellen Kurs von 46 Escudo) geboten wurden -- spätestens beim Abflug: Eine Drittel-Liter-Flasche der gängigen Biermarke "Escudo", die selbst in der teuren Bar des mondänen Carrera Sheraton Hotels in Santiago zum vorgeschriebenen Preis von fünf Escudo zu haben ist, kostet im Iberia-Jet schon gleich nach dem Start 100 Escudo.

Im auffälligen Gegensatz zur Papiergeldvermehrung steht die Produktionsentwicklung im staatlichen Kupferbergbau. Zwar förderten alle Staatsminen im vergangenen Jahr zusammen 571 000 Tonnen Kupfer -- 36 000 Tonnen oder sieben Prozent mehr als 1970. Aber gemessen an den Millionen-Investitionen der Vor-Allende-Zeit hätte der Produktionsanstieg nach Expertenmeinung bei 20 Prozent liegen müssen.

In der im Norden Chiles gelegenen Kupfermine Chuquicamata, dem größten Kupferbergwerk der Welt, wo das Erz im Tagebau gewonnen wird, ging die Fördermenge seit der Verstaatlichung sogar zurück. Gegenüber 142 000 Tonnen im ersten Halbjahr 1971, dem letzten Semester vor der Nationalisierung, produzierte das Werk im ersten Halbjahr 1972 nur noch 120 000 Tonnen. Als Gründe gibt Chuqui-Generaldirektor David Silbermann vor allem technische Schwierigkeiten an. So sei das Erz einer neuen Lagerstätte nicht mehr so ergiebig wie früher verwendete Erze. Auch gebe es einen Engpaß bei Schwefelsäure, einem Katalysator während der Kupfer-Affinierung. Streikverlust: 14 000 Tonnen Kupfer.

In Wahrheit ist ein Großteil der Produktionsausfälle in Chuquicamata auf die Opposition der meisten der rund 9000 Chuqui-Beschäftigten gegen Allende zurückzuführen. Als der Betrieb im Juli vergangenen Jahres in Staatsbesitz überführt wurde, strich Allende als erstes den 550 Ingenieuren die Dollargehälter. Gleichzeitig erklärte er, unter Chiles Werktätigen dürfe es keine Privilegierten mehr geben.

Die Arbeiter in Chuquicamata verstanden dies als einen direkten Angriff auf ihre Lohntüten. Tatsächlich verdient ein Facharbeiter in Chuqui einschließlich aller Zuschläge etwa siebzehnmals soviel wie ein chilenischer Landarbeiter -- 17 000 Escudo monatlich. Verglichen selbst mit dem Lohn eines Facharbeiters gleicher Fertigkeit in der Hauptstadt (Monatsverdienst 5000 Escudo), ist das ein fürstliches Entgelt. Verglichen mit den Arbeits- und Lebensbedingungen in der Mine, die in annähernd 3000 Meter Höhe liegt, erscheint der Lohn freilich eher noch zu niedrig.

Als daher im Mai Chiles Staatschef den Arbeitern von Chuquicamata, die seit Jahren ohnehin eher zu den Christdemokraten neigen, eine geforderte Lohnerhöhung von 50 Prozent streitig machte, traten die Kumpel in den Ausstand- Streikbedingter Produktionsverlust: 14 000 Tonnen Kupfer. Abermals ins Stocken geriet die Kupferproduktion, als Ende September 600 Arbeiter in Chuquicamata wegen eines erneuten Lohndisputs in einen Bummelstreik traten. "Man ist sich hier oben noch nicht genug der Tatsache bewußt", rügte Chuqui-Chef Silbermann, der anders als die meisten seiner Arbeiter der KP angehört, "daß heute die Vorteile aus der Kupfer-Erzeugung ausschließlich Chile zugute kommen."



Die Details sind noch nicht klar, aber die Bundeswehr soll ein neues Nato-Bataillon in Osteuropa führen.

Die Entsendung der Truppen ist Teil eines größeren Nato-Plans, die eigene Präsenz bei den östlichen Verbündeten zu verstärken. Die Briten schicken Truppen nach Estland und die USA nach Polen. Kanada wird wahrscheinlich ein viertes Bataillon nach Lettland entsenden, was von der Regierung in Ottawa aber bisher nicht offiziell bestätigt wurde. Frankreich beteiligt sich mit einer Kompanie von 250 Soldaten. Zusätzlich will die USA eine Brigade zur Verfügung stellen, die gewöhnlich aus rund 5000 Soldaten besteht.



Bundesarchiv, Bild 183-1990-0926-026
Foto: Grimm, Peer | 20. September 1990

Träume in der DDR

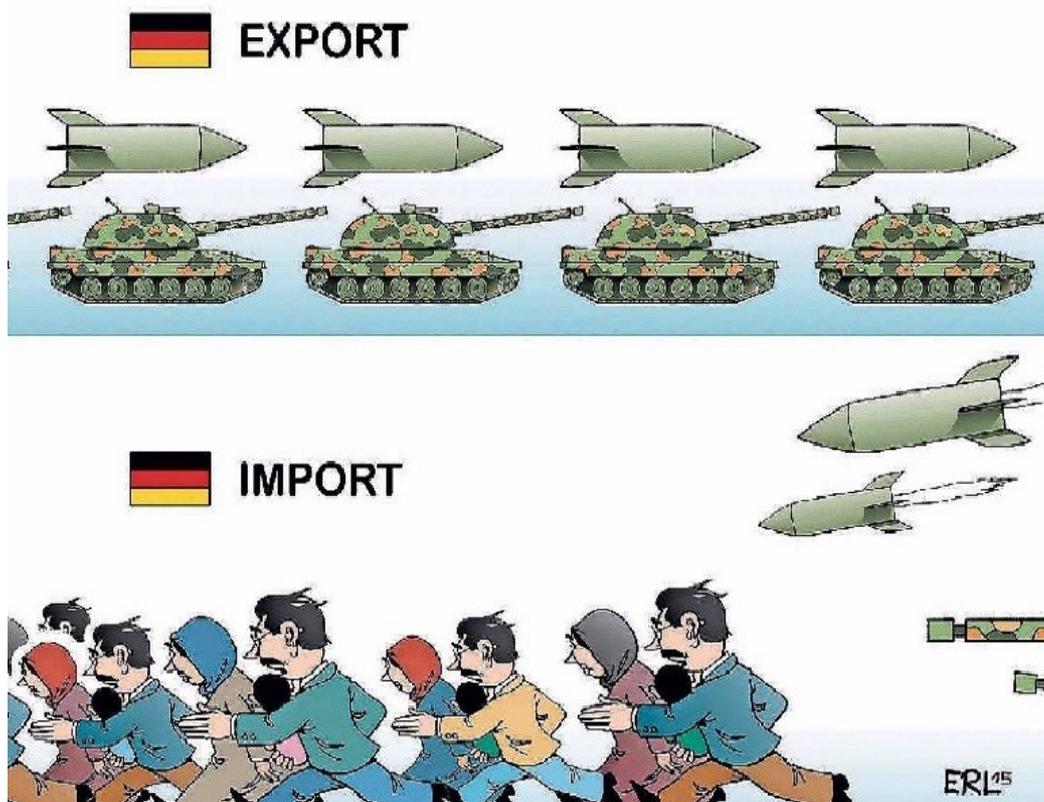


Kirchenmitglieder mit Losungen wie "Christen für Sicherheit durch Abrüstung!", "Christen für gewaltfreie Konfliktlösung!" und "Christen für ein kernwaffenfreies Europa!" auf der FDJ-Pfingstdemonstration 1982 in der Kreisstadt Pritzwalk. Links vorne der Pfarrer Stephan Flade (© Privatarchiv Flade)

<http://www.zeit.de/wirtschaft/2016-06/ruestungsindustrie-waffenexporte-deutschland-drittgroesster-waffenexporteur>

Rüstungsindustrie: Deutschland ist weltweit drittgrößter Waffenexporteur

13. Juni 2016





XX

<https://www.rf-news.de/2016/kw24/15.06.16-premiere-spur-der-steine-heute-vor-50-jahren>

15.06.16 - Premiere "Spur der Steine" heute vor 50 Jahren

Am 15. Juni 1966 wurde der Film "Spur der Steine" von Frank Beyer, eine DEFA-Produktion, im Rahmen der 8. Arbeiterfestspiele der DDR in Potsdam uraufgeführt. Er lief anschließend drei Tage in einigen Kinos, bevor er unter dem Vorwand *antisozialistischer Tendenzen* verboten wurde. Erst im Oktober 1989 durfte der Film wieder in der DDR aufgeführt werden, wenig später auch bei der Berlinale 1990 in der Bundesrepublik Deutschland. Der Film nimmt kritisch Bürokratismus und Doppelmoral von SED-Funktionären aufs Korn, die damals die hoffnungsvollen Anfänge des sozialistischen Aufbaus in der DDR längst über Bord geworfen hatten.

Neusch erhielt nach einem Vorabdruck des ersten Teils in der Literaturzeitschrift [Sinn und Form](#) so viel Kritik von offizieller Seite, dass er fast die Lust am Weiterschreiben verlor. Dennoch konnte das Buch 1964 erscheinen. Es avancierte mit einer Auflage von über 500.000 Exemplaren zu einem

